

Gemeinde Am Mellensee

Der Bürgermeister

Verwaltungsvorlage

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Amt/Aktenzeichen Team IV / Bauverwaltung	Datum 17.10.2014	Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk) BSV15/06/14
---	---------------------	---

Beratungsfolge:	Sitzungstermin:
Finanzausschuss	03.11.2014
Hauptausschuss	05.11.2014
eingebracht von: Bauverwaltung	

Betreff:

unbefristete Niederschlagung eines Anliegerbeitrages für Straßenausbau einschließlich Mahngebühren und Säumniszuschläge

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss beschließt

die unbefristete Niederschlagung in Höhe von 3.874,51 €

für den Straßenbaubeitragsbescheid des Beitragsschuldners zum Flurstück 203, Flur 2 der Gemarkung Mellensee für die Ausbaumaßnahme Friedenstraße 1. und 2. Bauabschnitt im OT Mellensee.

Beratungsergebnis:

Gremium Hauptausschuss						Sitzung am: 05.11.2014	TOP:
<input type="checkbox"/> Ein- stimmig	<input type="checkbox"/> Mit Stimmen- mehrheit	Anwe- send	Ja	Nein	Enthaltg.	<input type="checkbox"/> Laut Beschlussvor- schlag	<input type="checkbox"/> Abweichender Beschluss
Vermerk wegen Mitwirkungsverbot (§ 22 BbgKVerf.)							
Beschluss-Nr. / /							
Schriftführer						Vors.d.Gemeindevertretung	

Problembeschreibung/Begründung

Mit Postzustellungsurkunde vom 21.11.2012 erhielt der Beitragsschuldner des Flurstückes 203, gelegen in der Flur 2 der Gemarkung Mellensee den Straßenbaubeitragsbescheid in Höhe von 3.678,66 € für die Baumaßnahme Ausbau der Friedenstraße im OT Mellensee. Die Zahlungsfrist endete am 23.12.2012. Der Beitragsschuldner zahlte bis zur Fälligkeit nicht, er suchte nicht das Gespräch mit der Verwaltung und stellte keinen Antrag auf Stundung. Trotz Mahnschreiben durch die Gemeindekasse blieb die Zahlung weiterhin aus. Es erfolgte mit Schreiben vom 20.02.2013 die letzte Zahlungsaufforderung mit dem Termin 08.03.2013. Gleichzeitig kündigte die Vollstreckungsdienstkraft die Zwangsvollstreckung an. Am 26.02.2013 suchte die Vollstreckungsdienstkraft den Schuldner nochmals auf. Ihr wurde der Zutritt zum Haus verwehrt und sie wurde beschimpft und angebrüllt. Der Schuldner ist Hartz IV- Empfänger - verweigerte jedoch das Vorlegen des Bescheides. Ein Kontoabrufungsverfahren ist nur bei Grundsteuerschuld zulässig. Die Abfrage gemäß § 68 SGB X betreffend der Sozialdaten bei der Deutschen Rentenversicherung ergab, dass ein Arbeitgeber zur Zeit nicht bekannt ist. Da alle Bemühungen der Verwaltung bis dahin fruchtlos blieben, wurde die Eintragung einer Sicherungshypothek veranlasst. Die Zwangssicherungshypothek über 3.874,51 € wurde im Grundbuch am 04.03.2013 eingetragen.

Finanzielle Auswirkungen

☒ Ja ☐ Nein

Produkt

541.01.

Veranschlagung

im Ergebnisplan

☐ Ja, mit €

☐ Nein

im Finanzplan

☒ Ja, mit 3.678,66 €

☐ Nein

Gesamtkosten der Maßnahmen
(Beschaffungs-/Herstellungskosten)

3.874,51 €

Jährliche Abschreibung

☐ Ja, mit €

☒ Nein



Dezernat


Kämmeri
zur Kenntnis
Bürgermeister

Verteiler nach Beschlussfassung: _____

Genehmigungsvermerke: Antrag gestellt/ Liegt vor _____